

# Pressestelle des Senats

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen  
der vergangenen Woche

Nr. 15

vom 15. Mai 2009

Redaktion: Katja Richardt

## Bund

Bundesrat.....2

## Inneres

Verfassungsschutzbericht 2008.....4

## Finanzen

Ergebnisse Prüfungen des Jahres- und Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt  
Hamburg .....9

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Vorbildliche Ganztagschule in Hamburg ..... 12

Weitere Schulen aus dem Ganztagschulprogramm des Senats ..... 13

Regionale Schulentwicklungskonferenzen geben Empfehlungen ab ..... 15

## Soziales und Familie

Internationaler Tag der Familie am 15. Mai ..... 18

Ist doch Ehrensache! Auch in Hamburg ..... 19

## Gesundheit

Gesundheitssenator Wersich fordert gesetzliche Lärmschutzregeln in Diskotheken.....20

Wie altern wir? LUCAS sucht Antworten .....22

## Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Hohe Bleichen / Heuberg werden Flaniermeile.....24

## Justiz

Justizsenator Dr. Steffen stellt Diskussionsmodell für die Autonomie der Justiz vor .....26

## Medien

Weiterer Schritt der norddeutschen Zusammenarbeit im Medienbereich.....28

## Zur Information

Terminkalender .....30

# Pressestelle des Senats

14.05.2009/lv14

**An der 858. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 15. Mai 2009, nehmen Bürgermeister Ole von Beust, Senator Dr. Till Steffen und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teil.**

Die Tagesordnung des Bundesrates umfasst 85 Punkte.

## **Hamburg setzt sich für Kontopfändungsschutzkonto ein**

Der Bundesrat entscheidet über die Einführung eines „Kontopfändungsschutzkontos“. Alle Bürgerinnen und Bürger erhalten damit automatisch für ein Konto einen Pfändungsschutz in Höhe von EUR 985,15 (Pfändungsfreibetrag). Für die Teilnahme am modernen Wirtschaftsleben ist ein Girokonto von grundsätzlicher Bedeutung. Mit dem Gesetz wird allen Personen die Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr ermöglicht. So wird zum Beispiel beim Abschluss eines Miet- oder Telefonvertrages oft eine Einzugsermächtigung gefordert. Zukünftig wird bei diesem sog. „P-Konto“ auch nicht mehr danach unterschieden, woher die Einkünfte stammen. Damit genießen auch Selbständige Pfändungsschutz für ihr Kontoguthaben.

**Justizsenator Dr. Till Steffen:** „Das Kontopfändungsschutzkonto ermöglicht unbürokratisch die Begleichung alltäglicher Zahlungsverpflichtungen wie z. B. Miete, Strom und Wasser. Künftig müssen Kontoinhaber nicht mehr jeden einzelnen Pfändungsantrag abwehren. Dies wird es Menschen in prekären finanziellen Situationen erleichtern, Girokontoverträge abzuschließen. Banken werden bestehende Kontoverbindungen weniger häufig wegen Pfändungsmaßnahmen kündigen. Damit wird für viele Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr gesichert. Zugleich werden damit auch die Banken selbst von der Teilnahme an Vollstreckungsmaßnahmen entlastet.“

## **Hamburg unterstützt erweiterte Opferentschädigung**

Nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) können zurzeit Opfer tätlicher rechtswidriger Angriffe in Deutschland, die der Staat mit seinen Polizeiorganen nicht vor einer vorsätzlichen Gewalttat hat schützen können, eine eigenständige staatliche Entschädigung erhalten.

Ziel des Änderungsgesetzes ist es, den Adressatenkreis des OEG zu erweitern. Danach sollen zukünftig auch deutsche Staatsbürger, die im Ausland Opfer einer Gewalttat geworden sind, entschädigt werden können. Ferner sollen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten und bis zum dritten Grad mit dauerhaft in Deutschland lebenden Personen verwandt sind, ebenfalls Leistungen erhalten können, wenn sie in Deutschland Opfer von Gewalttaten werden."

### **Hamburg bekämpft Steuerhinterziehung**

Der Bundesrat entscheidet auch über einen Gesetzentwurf mit dem die grenzüberschreitende Steuerhinterziehung effektiver bekämpft werden soll, indem der Druck auf sog. Steueroasen erhöht wird. So soll der Abzug von Ausgaben sowie die Gewährung von bestimmten Begünstigungen von Mitwirkungs- und Nachweispflichten abhängig gemacht werden. Ferner werden für Personen, die bestimmte Einkünfte ab 500.000 €/Kalenderjahr haben, besondere Aufbewahrungs- und Aufzeichnungspflichten festgelegt. Bei diesem Personenkreis wird künftig auch eine Betriebsprüfung ohne nähere Begründung zulässig sein. Zusätzlich unterstützt Hamburg eine Forderung, nach der die Umsatzsteuer (bis zu einer Vorjahresumsatzgrenze von 500.000 €) nicht bereits bei Rechnungserstellung, sondern erst mit Zahlungseingang beim Finanzamt angemeldet und abgeführt werden muss. Die bislang nur für die ostdeutschen Länder geltende Regelung soll bundesweit ausgeweitet werden.

**Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann:** „Die deutliche Anhebung der Umsatzgrenze kommt kleinen und mittleren Unternehmen zugute. Sie führt bei diesen Unternehmen zu zusätzlicher Liquidität, die in diesen Zeiten dringend benötigt werden.“

### **Hamburg fordert weitergehende Fahrgastrechte**

Bahnkunden sollen künftig mehr Rechte und eine bessere Entschädigung bei Verspätungen erhalten. Bei einer Verspätung von einer halben Stunde werden 25 Prozent und ab einer Verspätung von mehr als einer Stunde sogar 50 Prozent des Fahrpreises erstattet. Sofern eine Verspätung dazu führt, dass der letzte Anschlusszug an diesem Tage verpasst wird, darf für die Weiterfahrt zum eigentlichen Zielbahnhof ein Taxi genutzt werden. Die Kosten hierfür werden bis zu einer Grenze von 80 € erstattet. Hamburg unterstützt zudem die Anrufung des Vermittlungsausschusses mit dem Ziel, noch darüber hinausgehende Verbesserungen der Fahrgastrechte zu erwirken

#### **Für Rückfragen:**

**Sabine Spitzer,  
Koordinierung Bundesrat,  
Presse**

**Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund  
Tel. 0 30 – 2 06 46-109 <http://www.hamburg.de/landesvertretung/>**

11. Mai 2009 /bfi11

## „Mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen den Extremismus“

### Verfassungsschutzbericht 2008: Innensenator Christoph Ahlhaus lobt die erfolgreiche Arbeit des Landesamtes

Der Kampf gegen den islamistischen Terror sowie gegen rechts- und linksextremistische Bestrebungen waren zentrale Arbeitsschwerpunkte des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz im vergangenen Jahr 2008. **Innensenator Christoph Ahlhaus** und der Leiter des Landesamtes, **Heino Vahldieck**, stellten am heutigen Montag den aktuellen Verfassungsschutzbericht der Öffentlichkeit vor. Weitere wichtige Aufgaben des Landesamtes waren Aufklärung und Information über Spionage, Wirtschafts- und Geheimschutz sowie die Warnung vor den Aktivitäten der verfassungsfeindlichen Scientology-Organisation.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Die Beobachtung und Bekämpfung des Islamismus und des islamistischen Terrorismus bleibt die zentrale Aufgabe unseres Verfassungsschutzes. Aber auch rechts- und linksextremistische Gruppen bedrohen unsere Demokratie. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Landesamtes leisten hier eine unverzichtbare Aufklärungsarbeit, um die Öffentlichkeit rechtzeitig über verfassungsfeindliche Aktivitäten zu informieren. Wir werden weiterhin mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Extremisten vorgehen, damit sie auch künftig keine Chance bekommen, unsere Demokratie zu zerstören. Insgesamt können wir, 60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, auf eine erfolgreiche Geschichte zurückschauen: Antidemokraten und Extremisten gleich welcher Richtung ist es bislang nicht gelungen, unsere Gesellschaft nachhaltig zu beschädigen. Dass unsere Sicherheit, unsere Demokratie und damit auch unsere Freiheit auf so fester Basis stehen, liegt maßgeblich mit an der erfolgreichen Arbeit unseres Verfassungsschutzes – des effektiven ‚Frühwarnsystems‘ unseres demokratischen Staates.“

Der Hamburger Verfassungsschutz hat mit seinen Erkenntnissen auch im vergangenen Jahr mit dazu beigetragen, dass ausländische Extremisten gar nicht erst nach Deutschland einreisen durften: Im Rahmen des so genannten „Schengener Visumverfahrens“ betraf dies im Jahr 2008 14 Personen, bei denen das Landesamt Bedenken gegen eine Einreise erhob. Drei ausländische Islamisten mussten im vergangenen Jahr Hamburg verlassen – damit insgesamt 18 seit 2003. Dies liegt an der guten Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz, Einwohner-Zentralamt und Polizei mit der Dienststelle Anti-Terror-Koordination. Seit Oktober 2001 wird zudem das Landesamt für Verfassungsschutz vor jeder Einbürgerung mit einbezogen: Das Einwohner-Zentralamt fragt an, ob bestimmte

Erkenntnisse, zum Beispiel extremistische Aktivitäten, dagegen sprechen, dass jemand den deutschen Pass erhält. Im Jahr 2008 waren dies 5.434 Anfragen.

**Alle wichtigen Informationen zur Arbeit des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr 2008 und viele Zahlen, Daten und Fakten finden Sie unter [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde) im Internet – darunter unter anderem den gesamten Bericht zum Download sowie eine Kurzversion („Verfassungsschutzbericht 2008 – Das Wichtigste in Kürze“).**

---

### **Kurzübersicht über die extremistischen Bestrebungen im Jahr 2008**

(weitere Informationen unter [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde) )

#### **Islamisten**

Die Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus hält unverändert an, auch wenn im Jahr 2008 in Deutschland keine konkreten Anschlagplanungen oder -vorbereitungen festgestellt wurden und es zu keinen Anschlagversuchen kam. Die Bundesrepublik Deutschland liegt wie andere westliche Industrienationen weiter im Zielspektrum gewaltbereiter islamistischer Gruppierungen.

#### **Jihadisten in Hamburg**

Auch in Hamburg leben Islamisten, die der Jihad-Ideologie anhängen (Jihadisten). Islamistisch motivierte Gewalttaten gab es hier jedoch auch 2008 nicht und, soweit bekannt, wurde von hier auch nicht an solchen Taten mitgeplant. Rund 50 Personen werden in Hamburg als sogenannte Jihadisten eingestuft (2007: 60). Sie befürworten oder unterstützen durch Hilfsleistungen den weltweiten bewaffneten Jihad (Heiliger Krieg). Die jihadistische Szene in Hamburg besteht zum Teil aus sehr kleinen Gruppen, was die Beobachtung erschwert. Hinzu kommt, dass dieser Personenkreis infolge etlicher Ausweisungen und Abschiebungen in den letzten Jahren zunehmend vorsichtiger geworden ist und sich mit öffentlichen extremistischen Äußerungen zurückhält.

Neben den Anhängern des weltweiten bewaffneten „heiligen Kriegs“ existieren auch in Hamburg weitere Gewalt befürwortende Gruppen wie die multiethnische „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) und die „Türkische Hizbullah“ (TH).

#### **Islamistische Bestrebungen: Personenpotenzial**

Das bundesweite Potenzial der Anhänger aller islamistischen Bestrebungen hat sich auf 34.720 Personen (2007: 33.170) erhöht. In Hamburg wurden 2.005 Personen (Stichtag: 31. Oktober 2008) dem islamistischen Potenzial zugerechnet (2007: 2030). Davon gehören allein 1.600 der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) an. Der Teil des islamistischen Gesamtpotenzials, der als gewaltbereit eingeschätzt wird, umfasst 200 Personen (2007: 210).

#### **Extremistische Ausländerorganisationen: Personenpotenzial**

Die Zahl der Anhänger extremistischer Ausländerorganisationen (ohne Islamisten) in Deutschland betrug im Jahr 2008 etwa 24.750 (2007: 25.250). In Hamburg gibt es etwa 980 (2007: 970) Anhänger ausländischer politisch-extremistischer Gruppierungen (ohne Islamisten).

Im Jahr 2008 wurden 46 Fälle „Politisch Motivierter Kriminalität“ in Hamburg gezählt (2007: 33), davon 35 von „extremistischer Kriminalität“ (2007: 12) und sieben extremistische Gewaltdelikte (2007: vier). Unter den Straftaten mit ausländerextremistischem Bezug waren viele Farbschmierereien und andere Sachbeschädigungen, auch Brandanschläge, zu verzeichnen. Ein nennenswerter Anteil hat einen KONGRA GEL-Bezug.

### **Weitere ausländerextremistische Bestrebungen: PKK**

Bei der Beobachtung der in Deutschland aktiven extremistischen Ausländerorganisationen liegt weiterhin ein Schwerpunkt auf der kurdischen PKK-Nachfolgeorganisation KONGRA GEL. Sie kann weiterhin auch kurzfristig mit Demonstrationen und gewalttätigen Aktionen auf bestimmte Nachrichten reagieren. Wie in den Vorjahren gelang es dem KONGRA GEL auch 2008, seine Mitglieder und Anhänger zur Teilnahme an Großveranstaltungen zu mobilisieren. Auch wenn der KONGRA GEL in den letzten Jahren in Hamburg an Bedeutung und Schlagkraft verloren hat, gehen auch hier insbesondere von Anhängern der „Komalen Ciwan“ („Jugendunion“) Gefahren für die öffentliche Sicherheit aus.

### **Rechtsextremismus**

Aktivste Teile des Rechtsextremismus im Jahr 2008 waren erneut die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und die mit ihr im Rahmen der „Volksfrontstrategie“ kooperierenden aktionistisch orientierten Rechtsextremisten. Wahlerfolge bei Landtagswahlen blieben 2008 wiederum aus. Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) erreichte in Hamburg am 24. Februar 2008 bei den Wahlen zur Bürgerschaft nur 0,8% der abgegebenen Stimmen. Der Hamburger Landesverband der NPD ist seit der Wahl Jürgen RIEGERS zum Landesvorsitzenden zunehmend neonazistisch geprägt. Nach Abschluss der von Freien Nationalisten (Angehörige von Neonazi-Kameradschaften) und NPD gemeinsam geführten Kampagne „Für ein sicheres Bergedorf“ gegen den Bau einer Moschee konzentrierte sich der aktionistische Teil der Rechtsextremisten in Hamburg auf die Demonstration am 1. Mai 2008. Unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – Gemeinsam gegen Globalisierung“ nahmen 1.500 Personen teil, darunter ein „Schwarzer Block“ von 400 schwarz gekleideten und aggressiv auftretenden Personen. Ihm gehörten – erstmals in Hamburg – viele aus anderen Ländern angereiste „Autonome Nationalisten“ an. Es kam zu massiven Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten und der Polizei.

Nachdem die Gesamtzahl der Rechtsextremisten im Bundesgebiet im Jahr 2007 bereits deutlich von 38.600 (2006) auf 31.000 zurückgegangen war, sank die Zahl im Jahr 2008 auf 30.000 Personen. Der gravierende Rückgang geht hauptsächlich darauf zurück, dass „Die Republikaner“ (REP) seit 2007 nicht mehr beobachtet und damit nicht mehr in das rechtsextremistische Potenzial eingerechnet werden. Die Zahl der vom Landesamt für Verfassungsschutz erfassten Rechtsextremisten in Hamburg blieb 2008 mit ca. 540

Personen unverändert. Im vergangenen Jahr wurden in Hamburg 369 rechtsextremistische Straftaten begangen, 37 mehr als 2007. Der Anstieg der Gewaltdelikte von 22 im Jahr 2007 auf 45 im Jahr 2008 liegt insbesondere an den massiven Auseinandersetzungen am Rande der rechtsextremistischen Demonstration am 1. Mai. Die Polizei registrierte allein an diesem Tag 15 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten, darunter Übergriffe auf Polizeibeamte und Journalisten.

### **Linksextremismus**

Hamburger Linksextremisten zeigten 2008 eine große Bandbreite von Aktivitäten und Themen. Bei Autonomen gehörten sowohl interne Debatten zur eigenen Aufstellung und Ausrichtung als auch Demonstrationen mit zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen und Brandanschläge dazu.

Ein wichtiges Aktionsthema der Hamburger autonomen Szene war auch 2008 der Antifaschismus: Vor der Bürgerschaftswahl im Februar sowie vor dem 1. Mai wurden Sachbeschädigungen an Häusern verübt, in denen Rechtsextremisten wohnten. Am 1. Mai 2008 eskalierten Gewalt und Zerstörungswut bei Protesten gegen eine Demonstration von Rechtsextremisten. Bei „antifaschistischen“ Protesten im Herbst 2008 gegen einen Laden, der auch von Rechtsextremisten bevorzugte Kleidung anbot, wurden Straftaten verübt. Autonomen gelang es nicht, die Feierlichkeiten zum 18. Jahrestag der Deutschen Einheit in Hamburg zu beeinträchtigen.

Das linksextremistische Personenpotenzial betrug bundesweit insgesamt etwa 31.200 Personen (2007: etwa 30.800 Personen). In Hamburg wurden im Berichtsjahr 1.120 Linksextremisten erfasst (2007: ca.1.500). Die Differenz zum Vorjahr resultiert insbesondere daraus, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg (LfV) nur noch die Mitglieder der revolutionär-marxistischen Organisationsteile der Partei „DIE LINKE.“ beobachtet.

Nach dem starken Anstieg der linksextremistischen Straftaten in Hamburg im Jahre 2007 war im Jahre 2008 ein leichter Rückgang von 98 auf 92 zu verzeichnen. Die Zahl der Gewalttaten blieb mit 51 (2007: 49) nahezu unverändert. Schwerpunkte waren Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten insbesondere beim Aufmarsch von Rechtsextremisten am 1. Mai sowie anlässlich der Themen Energie-/Klimapolitik und Antirassismus. Weitere Straftaten wurden während oder nach Demonstrationen insbesondere von Angehörigen der autonomen Szene begangen. Hierbei handelte es sich überwiegend um Körperverletzungen gegen Polizeibeamte, Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

### **Analyse der Politisch Motivierten Kriminalität 2008**

Insgesamt lassen sich bei der Politisch Motivierten Kriminalität in Hamburg im Jahr 2008 einige spezielle Ereignisse nennen, bei denen es zu einer Häufung von Straftaten kam, bei denen die Polizei aber auch gewohnt konsequent jede einzelne Straftat verfolgte – etwa die 1.-Mai-Demo in Barmbek mit rechts- und linksextremistisch motivierten Straftaten, die Aktionen im zeitlichen Kontext des so genannten Klima-Camps und das „Schanzenfest“. Im Bereich des Ausländerextremismus gab es 2008 mehr Aktivitäten im PKK-Milieu aufgrund von Gerüchten über die angebliche Misshandlung von Öcalan in türkischer Haft; außerdem

gab es Spendensammlungen für die verbotene PKK-Nachfolgeorganisation und entsprechende Anzeigen. Und die Bürgerschaftswahl 2008 mit zahlreichen beschädigten Wahlplakaten führte zu einer Steigerung im Bereich „PMK Sonstige“.

**Für Rückfragen:**

**Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Thomas Butter und Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2678 u. -2673

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

Hamburg, den 13. Mai 2009

## Pressemitteilung



### **zur Prüfung des kaufmännischen Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2007**

#### **Mit der Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens ist Hamburg – trotz Schwachstellen und notwendiger Korrekturen – auf dem richtigen Weg**

Die im November vergangenen Jahres veröffentlichten Jahresabschlüsse für die Kernverwaltung und den „Konzern Stadt Hamburg“ sind eine sinnvolle Ergänzung zur althergebrachten kameralen Haushaltsrechnung. Sie erhöhen die Transparenz über die wirtschaftliche Lage der Stadt. Insbesondere mit der erstmalig erfolgten Vorlage eines Konzernabschlusses hat Hamburg als erstes Bundesland einen wichtigen Schritt zur Darstellung seiner Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unter Einbeziehung der Tochterorganisationen getan. Das in weiteren Schritten angestrebte System eines ressourcenverbrauchsorientierten Haushaltswesens stellt den richtigen Weg zu einer verbesserten Steuerung des Verwaltungshandelns dar und liegt im Interesse einer intergenerativen Gerechtigkeit. Dieser Weg sollte fortgesetzt werden mit dem Ziel, künftige Abschlüsse verlässlicher zu gestalten.

Die Ergebnisse seiner Prüfungen des Jahres- und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2007 hat der Rechnungshof in einem Ergänzungsbericht zum Jahresbericht 2009 heute Bürgerschaft und Senat vorgelegt.

#### **Konzernergebnis von einmaligen Effekten beeinflusst**

Das Konzernergebnis in Höhe von rund 800 Mio. Euro ist wesentlich durch zwei einmalig wirksame Effekte beeinflusst, einem Veräußerungserlös aus dem Verkauf von Anteilen einer Beteiligung der „Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH“ (HGV) und der Auflösung einer Rückstellung für „f & w fördern und wohnen AöR“. Das Ergebnis der Verwaltungs- und Geschäftstätigkeit nach Zinsen in Höhe von -141 Mio. Euro verbessert sich insbesondere durch den Veräußerungserlös zu einem Konzernüberschuss.

### **Eigenkapital im Jahresabschluss der Kernverwaltung durch rückwirkende Korrekturen gesunken**

Im Jahresabschluss der Kernverwaltung wird ein Jahresergebnis von rund 100 Mio. Euro (Vorjahr: rund -570 Mio. Euro) gezeigt. Die Ergebnisverbesserung beruht unter anderem auf Effekten in Zusammenhang mit der Bildung und Auflösung von Rückstellungen. Das Eigenkapital der Stadt hat sich gegenüber dem im Vorjahr veröffentlichten Stand um rund 350 Mio. Euro verringert. Es beträgt zum Stichtag nach rückwirkenden Korrekturen rund 2,4 Mrd. Euro.

### **Schwachstellen in der Buchführung beseitigen**

Das Buchführungssystem weist Schwachstellen auf und muss hinsichtlich der IT-Systeme und der Verwaltungsprozesse optimiert werden. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass künftig Kassen- und Bankbestände jederzeit vollständig ermittelt und fehlerhafte kamerale Daten nicht in den doppelischen Jahresabschluss übernommen werden. Ferner müssen die Beteiligungen an der HGV und das Sondervermögen „Stadt und Hafen“ nach dem Maßstab des von der Finanzbehörde aufgestellten Regelwerks zutreffend bewertet werden.

### **Vereinfachungen in der Konzernrechnungslegung zurückführen und Konzernabschluss teilweise korrigieren**

Der erstmals vorgelegte Konzernabschluss ist gegenüber den Vorschriften des Handelsrechts nach vereinfachten Regeln erstellt worden, ohne dass dies – beispielsweise im Anhang – hinreichend dargestellt ist. Vereinfachungen in der Konzernrechnungslegung müssen nach einem festzulegenden Stufenplan zurückgeführt werden, um Verzerrungen in der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage abzubauen. Einzelne Vereinfachungen – insbesondere der Verzicht auf die Eliminierung von sogenannten „Scheingewinnen“ bei Veräußerungsgeschäften innerhalb des Konzerns – sollten zumindest für bedeutende Einzelfälle korrigiert werden.

### **Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den Konzernorganisationen klarstellen**

Bei der Aufstellung der Konzernbilanz hat sich gezeigt, dass Transparenz über die wechselseitig bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Konzerns nicht

immer gegeben ist. Diese wichtige Voraussetzung für eine Konzernrechnungslegung muss zügig geschaffen werden.

### **Konzerneigenkapital um rund 660 Mio. Euro zu hoch ausgewiesen**

Bei der Konsolidierung der Anteile an der HSH-Nordbank wurde deren Eigenkapital bisher nicht den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend angesetzt. Irrtümlich wurden bei der Berechnung des Eigenkapitals Anteile anderer stiller Gesellschafter der Stadt zugeordnet. Die Finanzbehörde hat aufgrund der Prüfung des Rechnungshofs bereits zugesagt, dies zu korrigieren.

### **Verlässlichkeit steigern**

Insgesamt wird das vom Senat selbst gesetzte Ziel, sich mit der Einführung eines doppelten Rechnungswesens „einen vollständigen Überblick zur Vermögenslage und zur Ertragsentwicklung aller Aufgabenbereiche der Stadt zu verschaffen“, bisher noch nicht vollständig erreicht. Um bei künftigen Jahresabschlüssen Mängel und Ungenauigkeiten zu vermeiden, müssen insbesondere Schwachstellen in dem der kaufmännischen Buchführung zugrunde liegenden kameralen Buchungssystem wie auch im kaufmännischen Buchungssystem selbst abgebaut werden.

### **Präsident Dr. Meyer-Abich:**

„Der für 2007 ausgewiesene Konzernüberschuss Hamburgs beruht auf Einmaleffekten. Trotz sprudelnder Einnahmen gab es strukturell ein Defizit.

Die Chancen des kaufmännischen Rechnungswesens einschließlich der – bundesweit ersten – Konzernbilanz müssen weiter genutzt werden, damit Hamburgs Ertrags- und Vermögenslage für Politik und Öffentlichkeit vollständig transparent wird.“

Der Ergänzungsbericht zum Jahresbericht 2009 steht im Internet unter der unten angegebenen Adresse zur Verfügung.

### ***Für Rückfragen:***

*Pressesprecher: Bernd Kritsch, Tel. 040 / 428 23 – 1770,  
Prüfungsgebietsleitung Finanzen und Haushalt: Philipp Häfner, Tel. 040 / 428 23 – 1759  
E-Mail: [Rechnungshof@rh.hamburg.de](mailto:Rechnungshof@rh.hamburg.de), Internet: [www.rechnungshof.hamburg.de](http://www.rechnungshof.hamburg.de)*

11. Mai 2009/bsb11

## Vorbildliche Ganztagschule in Hamburg

### Schule an der Burgweide erreicht Platz 3 beim Bundeswettbewerb zur Qualität an Ganztagschulen

Die Hamburger Schule an der Burgweide hat heute für ihre beispielhafte Gestaltung der Mittagsfreizeit den 3. Platz beim Bundeswettbewerb „Zeigt her Eure Schule“ gewonnen. Der Wettbewerb zeichnet besondere und nachahmenswerte Qualität im Bereich der Ganztagschule aus. „Eine herzliche Gratulation an die Schule an der Burgweide für diese große und verdiente Anerkennung“, sagt Bildungssenatorin Christa Goetsch. „Die Mittagsfreizeit ist das Kernstück einer Ganztagschule und mehr als nur eine Pause.“

Die Schülerinnen und Schüler können in der Mittagsfreizeit entscheiden, ob sie Kursangebote der Schule wahrnehmen, mit anderen zusammen spielen, lesen, Musik hören oder einfach nur ausruhen wollen. Eine Besonderheit der Schule an der Burgweide: Hier steht neben anderen Angeboten ein Sprachzentrum zur Verfügung – unter anderem mit einer Buchausleihe, einer Schreibwerkstatt und einer Schuldruckerei.

200 Schulen aus dem gesamten Bundesgebiet hatten sich beim Wettbewerb „Zeigt her Eure Schule“ beworben, rund 50 sind in die engere Wahl genommen worden und 10 wurden von einer Fachjury zur heutigen Preisverleihung nach Berlin eingeladen. Der Preis wird jährlich von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Weiterentwicklung des Ganztagschulwesens in Deutschland vergeben.

Ziel des Wettbewerbs ist unter anderem, Vorbilder und Modelle in der bundesdeutschen Schullandschaft zu finden und öffentlich zu machen, damit andere von guten Beispielen lernen können. Deshalb werden die 10 ausgewählten Preisträgerschulen nicht nur prämiert, sondern auch im Rahmen einer Publikation und auf dem Deutschen Ganztagschulkongress im Dezember in Berlin öffentlich präsentiert. Die Schirmherrschaft des Wettbewerbs liegt bei Eva Köhler, der Gattin des Bundespräsidenten.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

Brigitte Köhnlein

Tel.: 42863-2003, E-Mail: [brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de](mailto:brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de)

14. Mai 2009/bsb14a

## **Ab August acht neue Ganztagschulen**

### **Weitere Schulen aus dem Ganztagschulprogramm des Senats**

Ab August 2009 werden acht weitere Schulen in Ganztagschulen umgewandelt. Dies ist die zweite Tranche der 50 neuen Ganztagschulen, die nach Regierungsprogramm im Lauf der Legislaturperiode gegründet werden. Im Einzelnen handelt es sich um die Grundschule Rahewinkel, die Grundschule Mümmelmannsberg, die Grundschule Lämmersieth, die Grundschule Eenstock, die Gesamtschule Winterhude mit Grundschulabteilung, die Gesamtschule Niendorf, die Gesamtschule Ida Ehre sowie die Gesamtschule Am Heidberg.

„Jede neue Ganztagschule ist ein wichtiger Baustein unserer Schulreform. Ich freue mich, dass wir mit der heutigen Entscheidung einen guten Schritt weiter gekommen sind“, sagt Senatorin Christa Goetsch.

Es handelt sich in erster Linie um Schulen, die bereits in den vergangenen Ausschreibungstranchen mehrfach einen Antrag bei der Schulbehörde zur Umwandlung und Weiterentwicklung als Ganztagschule gestellt haben, die ein pädagogisch überzeugendes Gesamtkonzept vorgelegt hatten oder um Schulen, bei denen die Umwandlung zur Ganztagschule aufgrund besonderer sozialer Kriterien empfohlen wurde. Insgesamt werden damit vier Grundschulen, eine Gesamtschule mit Grundschulabteilung und drei weitere Gesamtschulen in unterschiedlichen Bezirken Hamburgs weiterentwickelt.

Die Schulen werden im August als Ganztagschule starten und langsam aufwachsen. Für die Eltern, die ihre Kinder an den genannten Schulen angemeldet haben, ist die Umwandlung mit einem erweiterten pädagogischen Angebot verbunden. Mit Ausnahme von Winterhude, Niendorf und Lämmersieth starten die Schulen als offene Ganztagschulen, das heißt, die Eltern können frei entscheiden, ob ihr Kind von dem zusätzlichen Ganztagsangebot Gebrauch macht oder nicht. Im Falle einer Inanspruchnahme müssen sich die teilnehmenden Kinder an der offenen Ganztagschule allerdings für ein Schulhalbjahr zur verbindlichen Teilnahme an den Neigungs- und Vertiefungsangeboten verpflichten. In Niendorf und Lämmersieth haben die Schulen den Antrag auf die gebundene Form gleich zu Beginn gestellt und starten somit mit den ersten Jahrgängen für alle verbindlich. Die Perspektive der anderen neuen Ganztagschulen ist ebenfalls die gebundene Form.

Aktuell wird in der Schulbehörde das Rahmenkonzept für Ganztagschulen aus dem Jahr 2004 überarbeitet. Auf Grundlage des neuen Rahmenkonzeptes, das nach den Sommerferien in die Beratungen gehen soll, sollen dann die weiteren Tranchen ausgeschrieben werden. Es ist geplant, dass in zwei größeren Abschnitten auf der Grundlage des überarbeiteten Rahmenkonzeptes sowie der RSK-Empfehlungen für Ganztagschulstandorte in den Jahren 2010 und 2011 die weiteren Ganztagschulen eingerichtet werden. Dazu wird jeweils ein Ausschreibungsverfahren stattfinden, bei dem ein überzeugendes pädagogisches Gesamtkonzept von den Schulen vorgelegt werden muss.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein  
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung  
040.42863 .2003  
0172.4247071  
[brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de](mailto:brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de)

15. Mai 2009/bsb15

## **Regionale Schulentwicklungskonferenzen geben Empfehlungen ab**

### **Breite Beteiligung an der Schulentwicklungsplanung**

Die Arbeit der Regionalen Schulentwicklungskonferenzen ist abgeschlossen. Senatorin Christa Goetsch hat heute in einem ersten Überblick die Empfehlungen der Konferenzen für die 22 Hamburger Schulregionen vorgestellt. Diese wurden zwischen dem 22. September 2008 und dem 14. Mai 2009 auf insgesamt 108 Sitzungen erarbeitet. Fast 2000 Personen haben an den Konferenzen teilgenommen.

„Hamburg ist bei seiner Schulentwicklungsplanung einen gänzlich neuen Weg gegangen und hat die Fachkenntnis von Eltern, Schülerinnen und Schülern, den Schulen und vielen weiteren lokalen Akteuren einbezogen. Ich danke allen, die mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement diesen aufwändigen Prozess mitgestaltet haben“, sagt Senatorin Christa Goetsch. Der Senat lädt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den 2. Juni zu einem Empfang im Rathaus ein.

Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen der Hamburger Schulen, Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksämter, der großen Kita-Verbände, der Deputierten sowie der Abgeordneten der Bezirksversammlungsfraktionen waren so daran beteiligt, Empfehlung für die Gestaltung eines optimalen schulischen Bildungsangebots in ihrer Region zu erarbeiten und dafür geeignete Standorte für Primarschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien vorzuschlagen. Diese Vorschläge werden als Grundlage für die Erarbeitung eines Schulentwicklungsplans dienen.

Eine erste Sichtung der Empfehlungen, die im Lauf der nächsten Tage vollständig im Internet veröffentlicht werden, hat ergeben:

#### **Primarschule**

Alle 210 jetzigen Grundschulen sollen nach den Empfehlungen auch in Zukunft Primarschulstandort oder Teil einer Primarschule sein. Es werden insgesamt etwa 170 Primarschulen vorgeschlagen. 128 Primarschulen sollen an einem Standort organisiert werden. Diese sollen in der Regel aus den Standorten einer jetzigen Grundschule oder Grund- Haupt und Realschule hervorgehen. 39 bis 41 Primarschulen sollen an zwei oder

mehr Standorten organisiert werden und in der Regel durch eine Fusion von Grundschulen. In 12 Empfehlungen sollen Primarschulklassen in den Räumen einer weiterführenden Schule unterrichtet werden.

### **Stadtteilschule**

Insgesamt werden 57 Stadtteilschulen vorgeschlagen. 37 Stadtteilschulen sollen aus Gesamtschulen hervorgehen. Darunter werden zwei der drei Kooperativen Gesamtschulen als Stadtteilschulen mit Gymnasialzügen, eine als reine Stadtteilschule vorgeschlagen.

Ein Vorschlag lässt eine bisherige Gesamtschule mit einer HR-Schule fusionieren. 17 neue Stadtteilschulen werden empfohlen, die aus HR-Schulen hervorgehen. 37 dieser Stadtteilschulen sollen eine eigene Oberstufe haben. Etwa 20 Stadtteilschulen sollen dabei in der Sekundarstufe II mit einer anderen Schule kooperieren, also eine gemeinsame Oberstufe haben. Für zwei der drei Aufbaugymnasien wird empfohlen, dass aus ihnen eine Stadtteilschule hervorgehen soll, für das dritte gibt es unterschiedliche Vorschläge. An einem Gymnasium werden auch zwei Stadtteilschulzüge empfohlen.

### **Gymnasien**

Alle bisherigen Gymnasien werden auch weiterhin als Gymnasialstandorte vorgeschlagen.

### **Sonstige Empfehlungen**

Es werden 66 neue Standorte für Ganztagschulen benannt und es werden 19 neue Integrationsstandorte empfohlen.

Die Empfehlungen der RSKen werden in den nächsten Wochen durch die Behörde genau geprüft. Noch vor den Sommerferien wird die Behörde einen Vorschlag für einen Schulentwicklungsplan erarbeiten und den RSK- Teilnehmerinnen und Teilnehmern, den Schulen, Kammern, Kreiseltern- und Schülerräten, den Bezirken und der Deputation vorlegen. Die Deputation wird dann im Dezember die Standorte und den Schulentwicklungsplan beschließen.

In vielen RSKen ist der Wunsch geäußert worden, die Diskussion fortzusetzen und sich dann stärker der inhaltlichen Umsetzung der Schulreform in der Region zu widmen. Das wird unter Leitung der regionalen Schulaufsicht geschehen und von der der Agentur für Schulbegleitung des Landesinstituts unterstützt.

Ab dem Schuljahr 2010/11 soll es Regionale Bildungskonferenzen geben, die gemeinsam mit den Bezirken, der Jugendhilfe und einigen Experten in den nächsten Monaten konzipiert werden.

Weitere Fakten zu den RSKen

- Teilnehmer waren von den allgemeinbildenden Schulen je ein Vertreter der Eltern, Schüler (außer Grundschulen), Lehrer und die Schulleitung, von den Sonderschulen Schulleitung, Eltern- und Lehrervertreter, von den Beruflichen Schulen Schulleitung und je ein Lehrervertreter, ein Vertreter des Bezirksamtes, je ein Mitglied der Fraktionen der zuständigen Bezirksversammlung, Deputierte und Vertreter der Kita- Verbände.
- Geleitet wurden die RSKen von der Regionalen Schulaufsicht, professionell moderiert von unabhängigen Moderatorinnen und Moderatoren, konzipiert und koordiniert von der Projektgruppe Schulreform der Schulbehörde.
- Den RSKn sind umfangreiche regionale Daten zur Verfügung gestellt worden, die auch im Netz nachzulesen sind und dort auch zugänglich bleiben.
- Die RSKen fanden alle in Hamburger Schulen statt, die sich sehr gastfreundlich und kooperativ gezeigt haben.
- Alle RSK-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer hatten das Recht und die Möglichkeit, Empfehlungen abzugeben, die aufgenommen werden mussten und nicht überstimmt werden konnten. Es sind in der 4. Runde der RSKen Redaktionsgruppen gebildet worden, die aus allen Empfehlungen einen Vorschlag oder alternative Vorschläge erstellt haben, die in der 5. Sitzung der RSKen den Teilnehmern vorgelegt wurden. Änderungen waren da noch möglich, auch Stellungnahmen, die dann im Anhang enthalten sind und ins Netz gestellt werden.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein  
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung  
040.42863.2003  
0172.4247071  
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

14. Mai 2009/bsg14

## Internationaler Tag der Familie am 15. Mai

# Senator Wersich: „Hamburg – gut für Familien!“

Zum 15. Mai 2009, dem Internationalen Tag der Familie, zieht Familiensenator Dietrich Wersich eine positive Bilanz zur Lage der Familien in Hamburg. „Hamburg ist gut für Familien und Familien sind gut für Hamburg. Deshalb tun wir vieles, damit sich Familien hier wohlfühlen, Kinder gefördert und Eltern, aber auch ältere Menschen in allen Lebensbereichen unterstützt werden“, sagt Senator Wersich. „Nicht nur am Aktionstag liegt in Hamburg der Fokus auf den Familien, sondern Familie ist ein besonderer Schwerpunkt meiner Politik.“

**Hintergrund:** Der 15. Mai ist im Jahr 1993 von der UN-Generalversammlung zum Internationalen Tag der Familie ernannt worden. Der Hamburger Senat hat der Familienpolitik besondere Bedeutung beigemessen. Im Zentrum stehen dabei die frühe Förderung der Kinder und die Unterstützung von Eltern bei der Erziehung sowie bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Erst in der vergangenen Woche hat der Senat beschlossen, das letzte Kita-Jahr (Basisbetreuung) und die Vorschule vor der Einschulung ab September 2009 beitragsfrei zu gestalten. Ab Sommer 2010 soll zudem der allgemeine Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung auf Zweijährige ausgeweitet werden. Außerdem wird an einer verlässlichen Betreuungsstruktur für Schulkinder vor und nach dem Unterricht sowie in den Ferien gearbeitet. Weitere Maßnahmen tragen dazu bei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Wirtschaft zu fördern (wie das „Familiensiegel“ der „Allianz für Familien“) und Eltern bei der Erziehung zu unterstützen (z.B. durch die aktuell 22 Eltern-Kind-Zentren, die bis 2010 verdoppelt werden sollen). Attraktiv ist für Familien auch der Hamburger Familienpass. Mit ihm erhalten sie Vergünstigungen bei vielen Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten in und um Hamburg, allein beim HVV kann jedes Familienmitglied fünf Euro im Monat sparen. Der neue Familienpass mit vielen Angeboten erscheint zum 1. Juni ([www.hamburg.de/familienpass](http://www.hamburg.de/familienpass)).

In Hamburg leben laut Statistischem Landesamt rd. 228.400 Familien. Als Familie wird dabei jegliche Eltern-Kind-Gemeinschaft in einem Haushalt verstanden.

Weitere Informationen rund um das Thema Familie gibt es im Internet: [www.hamburg.de/familie](http://www.hamburg.de/familie).

### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

15. Mai 2009/bsg15

## Ist doch Ehrensache! Auch in Hamburg

**Senator Wersich: „Die Bedeutung des Ehrenamts wird zunehmen“**

Zum Abschluss der ARD-Themenwoche „Ist doch Ehrensache!“ hebt Senator Dietrich Wersich die wachsende Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hervor. „Ehrenamtliches Engagement ist ein Rückgrad unserer Gesellschaft, und die Bedeutung des Ehrenamtes wird vor dem Hintergrund des demographischen Wandels weiter zunehmen“, so Senator Dietrich Wersich. „Wir werden immer älter, heute endet das Erwerbsleben häufig, wenn wir mit unserer Schaffenskraft und Erfahrung noch mitten im Leben stehen. Die soziale Frage ist deshalb nicht nur, wer die Arbeit macht, wenn immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentnern gegenüberstehen, sondern auch, wie wir Wege finden, unsere Erfahrungen und Kompetenzen auch nach dem Ende des Erwerbslebens in die Gesellschaft einzubringen. Hier kommt dem ehrenamtlichen Engagement herausragende Bedeutung für die Sinnstiftung im dritten Lebensabschnitt zu.“

Hintergrund: In Hamburg engagiert sich rund ein Drittel der Bevölkerung ab 14 Jahren ehrenamtlich, das entspricht rund 460.000 Hamburgerinnen und Hamburgern. Ohne sie und ihre Tätigkeiten wären Sportvereine, soziale Einrichtungen, Nachbarschaftshilfen, kulturelle Veranstaltungen und vieles mehr in der bisherigen Qualität und Quantität kaum denkbar. Die Vielfalt und Intensität des bürgerschaftlichen Engagements sind mit entscheidend für Lebensqualität und Lebendigkeit in Hamburg. Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz fördert und unterstützt ehrenamtliches Engagement und hat hierzu 2003 gemeinsam mit dem Aktivoli-Netzwerk die Landesinitiative „Hamburg engagiert sich“ gegründet. Seit 2005 macht die Landesinitiative ehrenamtliches Engagement auch sichtbar und gibt an Engagierte den „Hamburger Nachweis“ aus ([www.hamburg.de/hamburger-nachweis](http://www.hamburg.de/hamburger-nachweis)). Der Hamburger Nachweis kann zum Beispiel bei Bewerbungen beigelegt werden. Bisher wurden knapp 3.300 Hamburger Nachweise vergeben.

Wer sich ehrenamtlich engagieren möchte, erhält Auskünfte und Tipps, wo man sich in Hamburg einbringen kann, unter anderem bei folgenden Stellen:

- Freiwilligenbörse E-Aktivoli, Internet: [www.eaktivoli.de](http://www.eaktivoli.de), Telefon 040/411 886 900
- Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft / Referat Ehrenamt  
Internet [www.hamburg.de/engagement](http://www.hamburg.de/engagement), Telefon 428 63-26 60

### Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Jasmin Eisenhut, Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49  
E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)  
Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

11. Mai 2009/bsg11

## **Gesundheitssenator Wersich fordert gesetzliche Lärmschutzregeln in Diskotheken**

### **Regelungen anderer europäischer Länder können als Vorbild dienen**

**Gesundheitssenator Dietrich Wersich fordert gesetzliche Regelungen zum Gehörschutz bei Musikveranstaltungen „Gut ein Viertel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat bereits bleibende Hörminderungen, obwohl sie nie in Lärmberufen gearbeitet haben“, so Wersich. „Da der Schutz vor Gehörschäden über freiwillige Maßnahmen der Veranstalter offensichtlich nichts gebracht hat, benötigen wir eine gesetzliche Grundlage. Unsere Messungen zeigen: Die Lärmbelastung in den meisten Diskotheken hat die Spaßgrenze überschritten und ist im Sinne des Gesundheitsschutzes nicht akzeptabel.“**

Erst kürzlich hatte die Techniker Krankenkasse (TK) betont, dass sie in der Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen pro Jahr einen Anstieg von rund 25 Prozent bei der Verordnung von Hörgeräten verzeichnet. Auch die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) belegt mit ihren Zahlen, dass das Hörvermögen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland immer schlechter wird. Die Zahl der minderjährigen DAK-Versicherten, die Hörgeräte bekommen, sei von noch 420 im Jahr 2005 auf 580 Kinder und Jugendliche im vergangenen Jahr angewachsen. Dies entspricht einer Steigerung von fast 40 Prozent. Insgesamt habe laut DAK inzwischen fast jeder vierte Jugendliche in Deutschland einen nicht heilbaren Hörschaden. Hauptursache dafür sei meist laute Musik bei Disko- oder Konzertbesuchen wie auch die Dauerbeschallung per Kopfhörer. Am Arbeitsplatz gilt bereits ein Geräuschpegel ab 85 Dezibel per Gesetz als Lärm und macht entsprechende Schutzmaßnahmen erforderlich. In Diskotheken sind Mittelwerte über 100 Dezibel - mit Spitzenwerten von 130 Dezibel - keine Seltenheit.

„Besonders fatal bei Hörschäden ist, dass sie sich nicht zurückbilden können, sondern mit zunehmendem Alter ebenfalls weiter zunehmen, wenn man sich weiterhin Lärm aussetzt. Wenn wir jetzt nicht eingreifen, droht uns eine Welle schwerster Hörschädigungen in den kommenden Jahrzehnten“, so **Wersich**. „Gesetzliche Regelungen, z.B. um die Dezibelhöchstwerte zu begrenzen, existieren bereits in anderen europäischen Ländern, wie Italien, Schweden oder der Schweiz, und sind technisch leicht umsetzbar. Von diesen Erfahrungen können wir profitieren. Hier haben wir zum Schutz der Besucher derartiger Veranstaltungen zu handeln.“ Die 2007 neu gefasste DIN-Norm 15905-5, die einen Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz von 2005 umsetzt, legt als Grenzwert zur

Verkehrssicherungspflicht zum Schutz vor Gehörschäden bei Veranstaltungen bereits höchstens 99 Dezibel im Mittel fest.

#### **Hintergrund:**

#### **Für Gehörschädigung entscheidend: Schallpegel und Aufenthaltszeit**

Hörschädigungen sind die Folge der Dosis aus Schall und Aufenthaltszeit. Die gleiche Schadwirkung lässt sich nach dem Energieäquivalenzprinzip auf andere Schallpegel und Aufenthaltszeiten umrechnen. Demnach hat ein zehn Dezibel höherer Schallpegel in einem Zehntel der Zeit dasselbe Schadwirkungspotential. Folgende Schallpegel und Aufenthaltsdauern werden hinsichtlich der Gehörgefährdung als gleichartig angesehen:

- 85 Dezibel über 40 Stunden
- 95 Dezibel über vier Stunden
- 101 Dezibel über eine Stunde
- 103 Dezibel, wie in 50% der Hamburger Diskotheken gemessen, über 38 Minuten
- 107 Dezibel, wie in 14% der Hamburger Diskotheken gemessen, über 15 Minuten

Dauerhafte Gehörschäden können sich bereits nach fünf bis zehn Jahren ab 85 Dezibel über 40 Stunden pro Woche entwickeln. Deshalb muss am Arbeitsplatz ab 85 Dezibel Gehörschutz getragen werden.

Sehr hohe Schallspitzen von über 135 Dezibel können akute Hörschäden verursachen.

#### **Welche Schallpegel in Diskotheken und Clubs sind unschädlich?**

Bei Musikkautstärken unter 100 Dezibel ist ein Gehörschaden nicht sicher ausgeschlossen. Dieser Wert ist aber geeignet, extreme Schallbelastungen zu vermeiden, die das Risiko unverhältnismäßig erhöhen. Die Forderung „Unter 100 Dezibel“ entspricht dem nationalen und internationalen Konsens und stellt einen Kompromiss zwischen individueller Lebensgestaltung und öffentlichem Gesundheitsschutz dar.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Rico Schmidt,  
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz;  
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78,  
E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

12. Mai 2009/bsg12

## **Wie altern wir? LUCAS sucht Antworten**

### **Erste Befragung zur kompetenten Altersforschung über disziplinäre Grenzen hinweg startet in Hamburg**

**Die Frage, wie Menschen altern, erscheint einfacher als sie ist. Alter bedeutet Vielfalt, gekennzeichnet durch unterschiedliche Lebensentwürfe und Erfordernisse. LUCAS (Longitudinal Urban Cohort Ageing Study) ist ein interdisziplinärer Forschungsverbund, der sich mit Gesundheit im Alter beschäftigt. Ziel ist es, gesundheitliche Faktoren zu erforschen. Im Rahmen des Projektes startet nun in Hamburg die erste repräsentative Telefon-Befragung zur Gesundheit bei Menschen ab 60 Jahren. Der Zufall entscheidet welche Personen in Hamburg angeschrieben und anschließend angerufen werden. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig.**

Das Ziel dieses Teilprojekts von LUCAS ist die Erhebung, Beschreibung und Bewertung von Informationen zur Gesundheit bei einer altersrepräsentativen Stichprobe von Menschen über 60 Jahre in der Hansestadt. Von Interesse sind Daten zum Gesundheitszustand, zur Lebensqualität sowie zu Ressourcen und Kompetenzen bezüglich gesundheitlich relevanter Themen. Mobilität wird als Schlüsselfunktion im Alltag besonders berücksichtigt. Die Auswertung soll Hinweise geben, ob und wie Angebote des Gesundheitssystems zur Gesundheitsförderung und Prävention durch ältere Menschen genutzt oder gewünscht werden. Durch die Erkenntnisse sollen gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen für ältere Menschen zielgerecht verbessert werden.

Durch die Zufallsauswahl sollen alle Menschen über 60 Jahren einbezogen werden, unabhängig von Wohnort oder Lebenshintergrund. Um auch Menschen mit Migrationshintergrund einzubeziehen kann das telefonische Interview von ca. 25 Minuten in Deutsch, Türkisch, Polnisch, Französisch oder Englisch geführt werden. Dadurch sollen die Ergebnisse auf eine möglichst breite Basis gestellt werden. Die Befragung wird in enger Zusammenarbeit durch die Gesundheitsbehörde und das Feldforschungsinstitut aproxima aus Weimar durchgeführt.

Die Behörde verschickt ab Mitte Mai zur Vorinformation zunächst Briefe an eine Zufallsauswahl von Menschen. Diesem Schreiben ist eine Information über die Studie

hinzugefügt. Ein weiteres Beiblatt informiert in den genannten Sprachen über die Erhebung und lädt zur Teilnahme ein. Das Feldforschungsinstitut führt anschließend die telefonische Befragung durch. Zielsetzung ist es, bis zum Sommer mit rund 1.000 Menschen telefonische Interviews zu führen. Das Projekt wurde mit dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten und mit der Ethikkommission der Ärztekammer abgestimmt.

Die gewonnenen Daten und Erkenntnisse sollen für die Gesundheitsberichterstattung (Berichte zur Gesundheit älterer Menschen 2009 und 2010), zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit und schließlich zur Umsetzung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung für Hamburger Seniorinnen und Senioren genutzt werden.

**Für Rückfragen der Medien:**

Rico Schmidt,  
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz;  
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78,  
E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

14.05.2009/bsu14a

## Hohe Bleichen / Heuberg werden Flaniermeile

### Erster Spatenstich für Umbau

Der Straßenzug Hohe Bleichen / Heuberg wird bis November 2009 durch privates Engagement umgebaut. Nach einem Konzept der Landschaftsarchitekten Breimann & Bruun soll der öffentliche Raum so gestaltet werden, dass er für Kunden, Besucher und Anlieger attraktiv ist und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes stärkt. Der erste Spatenstich erfolgte heute.

Dr. Stephan Hugo Winters, Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: „Hier am Heuberg entsteht ein besonders reizvolles Stück Innenstadt. Wo bisher nur Platz zum Parken war, ist künftig Raum für urbanes Leben.“

Markus Schreiber, Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte: „Ein attraktiver Platz statt geparkter Autos, beeindruckende Lebensbäume, eine tolle Zusammenarbeit mit den privaten Grundeigentümern – hier passt einfach alles.“

Andreas Barke, Vertreter der Grundeigentümer: „Hier entsteht ein ganz besonderer innerstädtischer Raum, dessen neue Wahrzeichen die 13 circa 11 Meter hohen, immergrünen Bäume sein werden“.

Nachdem in die Gebäudesubstanz in diesem westlichen Kern der Hamburger Innenstadt bereits verstärkt investiert worden ist, soll nun auch der öffentliche Raum für fast 2 Mio. Euro privater Mittel attraktiver gestaltet werden. Es entsteht eine Flaniermeile, markante Bäume und neue Möblierung sorgen für eine höhere Aufenthaltsqualität. Um großzügige Gehweg- und Platzflächen zu schaffen, wird die Straßenfläche auf das notwendige Maß reduziert, die öffentlichen Parkplätze entfallen. Die Umbauten übernimmt als Aufgabenträger die Hamburger Firma Zum Felde GmbH. Das BID hat eine Laufzeit von fünf Jahren.

BIDs sind klar begrenzte Geschäftsgebiete (Business Districts), in denen auf Veranlassung der Betroffenen in einem festgelegten Zeitraum (maximal 5 Jahre) in Eigenorganisation Maßnahmen zur Quartiersaufwertung (Improvement) durchgeführt werden. Finanziert

werden BIDs durch eine kommunale Abgabe, die alle im Gebiet ansässigen Grundeigentümer leisten müssen.

Foto zum Download unter <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/1454248/2009-05-13-bsu-bid-heuberg.html>

Rückfragen:

BID Hohe Bleichen / Heuberg

Andreas Barke

Tel.: 300 906 0

e.mail: [info@coqiton.de](mailto:info@coqiton.de)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle

Tel.: 42840 – / 2058 / 2051 / 3249 / 3063, Fax: 42840 – 3735

e-mail: [pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de)

[www.bsu.hamburg.de](http://www.bsu.hamburg.de)

14. Mai 2009 /jb14

## Justizsenator Dr. Steffen stellt Diskussionsmodell für die Autonomie der Justiz vor

**Justizsenator Dr. Steffen hat heute sein Modell für eine Autonomie der Justiz vorgestellt. Das Papier wird in Hamburg auf einer Tagung am 6. Juni 2009 zur Diskussion gestellt.**

**Justizsenator Dr. Till Steffen:** „Wir stellen jetzt ein Konzept zur Diskussion, mit dem zum ersten Mal in einem Bundesland eine Autonomie für die Dritte Gewalt erreicht werden kann. Die Justiz soll im Gefüge der Gewalten eine eigene Stimme bekommen. Aus der Hand der Justizministerinnen und Justizminister befreit soll sie im Herz der Gesellschaft wirken und dort auch eigenständig wahrgenommen werden.“

Die Einzelheiten des Modells sowie Informationen zur Veranstaltung am 6. Juni 2009 sind im Internet abrufbar unter:

<http://www.hamburg.de/themen-und-aktuelles/1390350/autonomie-der-justiz.html>

Die Tagung am 6. Juni 2009 ist öffentlich. Um Anmeldung wird gebeten.

Das sind die wesentlichen Elemente des Diskussionsvorschlags:

### **Autonomie von der Exekutive**

Alle Verwaltungs- und Personalentscheidungen soll die Justiz selbständig treffen. Die heute vom Justizsenator für die Gerichte wahrgenommenen Aufgaben gehen auf neue Organe der Justiz über. Ein auf fünf Jahre gewählter **Justizpräsident** soll die Verwaltung der Justiz leiten und die Justiz in der Öffentlichkeit sowie in politischen Gremien vertreten. Ihm zur Seite wird ein **Justizverwaltungsrat** für die Entscheidung in Grundsatzangelegenheiten stehen. Dieser wird sich aus Richterinnen und Richtern, nichtrichterlichen Justizbediensteten, bürgerlichen Mitgliedern und Anwältinnen und Anwälten zusammensetzen.

Gewählt werden Justizpräsident und Justizverwaltungsrat vom **Justizwahlausschuss**, der auch die Rolle des Richterwahlausschusses übernehmen würde. Der Justizwahlausschuss ist damit für die Einstellung und Beförderung von Richterinnen und Richtern und die Besetzung von Leitungsfunktionen in der Gerichtsverwaltung (z. B. Präsidentinnen und Präsidenten) zuständig.

Die demokratische Legitimation der Justiz wird nicht mehr über den Justizsenator hergestellt, sondern über die Bürgerschaft, welche die Mitglieder des Justizwahlausschusses wählt.

### **Mitwirkung aller Justizangehörigen in den Gremien der Justiz**

Die Verwaltung der Justiz wird in die Hände aller Angehörigen der Justiz gelegt. Im Justizwahlausschuss wird im Vergleich zum Richterwahlausschuss heute der Anteil der richterlichen Mitglieder erhöht. Auch das nichtrichterliche Personal der Justiz soll maßgeblich an den Entscheidungsprozessen in der Verwaltung der Gerichte beteiligt werden. Dies geschieht durch die Einbindung in den Justizverwaltungsrat und die Wahl von Angehörigen dieser Berufsgruppen in den Justizwahlausschuss für die Vergabe von Leitungspositionen innerhalb der Justiz.

### **Richterinnen und Richter als selbstbewusste Akteure in der autonomen Justizverwaltung**

Leitidee des Modells sind das Interesse der gesamten Richterschaft für die Belange der Justiz und die Mitwirkung an den Organen der autonomen Justizverwaltung. Stellen in diesem Bereich sollen stets gerichtsöffentlich ausgeschrieben werden. Leitungsfunktionen (z. B. Präsidentinnen und Präsidenten) werden nur noch befristet vergeben. Nach Ablauf der Tätigkeit in der Leitungsebene soll der jeweilige Richter wieder in den Bereich der Rechtsprechung zurückkehren.

### **Mehr Autonomie für Staatsanwaltschaft**

Die Staatsanwaltschaft soll eine stärkere Autonomie erhalten als heute, allerdings aus verfassungsrechtlichen und systematischen Gründen unter dem Dach der Exekutive verbleiben. Die Autonomie der Staatsanwaltschaft könnte etwa durch die Übertragung weiterer Aufgaben und die Abschaffung des einzelfallbezogenen Weisungsrechts des Justizsenators gestärkt werden.

Für Rückfragen:

Thorsten Fürter

Pressesprecher und Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Justizbehörde

Telefon: 040-42843-3143 Mobil: 0172-4327953

Email: [thorsten.fuerter@justiz.hamburg.de](mailto:thorsten.fuerter@justiz.hamburg.de)



Freie und Hansestadt Hamburg



12. Mai 2009/bksm12

## **Weiterer Schritt der norddeutschen Zusammenarbeit im Medienbereich**

### **Hamburg und Schleswig-Holstein stellen Medienänderungsstaatsvertrag zur Diskussion - Medienkompetenz soll ausgebaut werden**

Die gemeinsame Medienanstalt der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg soll das Thema Medienkompetenz in Zukunft noch stärker wahrnehmen. Das sieht ein Staatsvertrag vor, den der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Heinz Maurus, und der Staatsrat in der Hamburger Behörde für Kultur, Sport und Medien, Dr. Nikolas Hill, zur Diskussion gestellt haben. An der schriftlichen Anhörung werden zahlreiche Institutionen und Unternehmen aus dem Medienbereich und insbesondere die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) beteiligt.

Hervorgehoben sowie mit mehr Finanzmitteln ausgestattet wird künftig das Aufgabenfeld „Medienkompetenzförderung“ für die Medienanstalt. „Wegen der wachsenden Angebotsvielfalt und der zahlreichen Nutzungsmöglichkeiten wird es immer wichtiger, dass besonders junge Menschen Medienkompetenz entwickeln“, sagten Maurus und Hill.

Dazu soll die Medienanstalt nach dem Willen der Länder gemeinsam mit Akteuren in Hamburg und Schleswig-Holstein Möglichkeiten und Instrumentarien entwickeln und Projekte unterstützen, die insbesondere zur Stärkung der Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen beitragen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Hamburgische Bürgerschaft hatten dieses Anliegen im Juli 2008 unterstützt. Die MA HSH soll Ansprechpartner für alle Institutionen sein, die auf diesem Gebiet in Hamburg und Schleswig-Holstein tätig sind. Sie soll informieren und Bedarfe aufzeigen sowie Institutionen vernetzen. Über die Projektmittelvergabe entscheidet künftig der Medienrat.

Der neue Vertrag regelt außerdem die allgemeine Finanzausstattung der MA HSH und passt sie an die tatsächlichen Erfordernisse bis 2012 an. Per Gesetz sind die Landesregierungen beauftragt, eine solche Evaluierung regelmäßig vorzunehmen. Der Ausgleich erfolgt nicht durch Landesmittel, sondern durch Umwidmung von Rundfunkgebührenmitteln, die für besondere Aufgaben zur Verfügung stehen.

Durch den Änderungsstaatsvertrag erfolgen darüber hinaus einige Vereinfachungen für das Verwaltungshandeln der MA HSH. Zum Beispiel kann sie ihre Satzungen und Richtlinien künftig über das Internet veröffentlichen. Bei der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten werden die Aufgaben zwischen Medienrat und Direktor effektiver aufgeteilt.

Daneben wird das Medienrecht von Hamburg und Schleswig-Holstein an Neuerungen im Medienrecht aller Länder angepasst, also an den Rundfunkstaatsvertrag in der Fassung des Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrages, der am 1. Juni 2009 in Kraft treten wird. Die schriftliche Anhörung wird bis Anfang Juni andauern. Der Staatsvertrag soll den Parlamenten der beiden Länder vor der Sommerpause zur Zustimmung zugeleitet werden.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling  
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 207  
[susanne.frischling@bksm.hamburg.de](mailto:susanne.frischling@bksm.hamburg.de)

oder

Ilka v. Bodungen  
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 293  
[Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de](mailto:Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 18. Mai bis 24. Mai 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Montag, den 18.05.2009

ganztägig

Malmö (Schweden)

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann leitet am **18. und 19. Mai 2009 als Vorsitzender die Vorstandssitzung der Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC).**

13:00

Bildungszentrum Steilshoop, Gropiusring 43

Senator Dietrich Wersich eröffnet den **Kongress „Enabling Community“** mit einem Grußwort.

13:00

Billwerder Billdeich 72

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil an der **Veranstaltung zum 25jährigen Jubiläum des Deutschen Maler- und Lackierer Museums.**

18:00

Bogenallee 11

Senatorin Dr. Herlind Gundelach hält ein Grußwort anlässlich der **Veranstaltung „20 Jahre Expertinnen-Beratungsnetz an der Universität-Hamburg“.**

### Dienstag, den 19.05.2009

14:30

Bildungszentrum Steilshoop, Gropiusring 43

Senatorin Anja Hajduk spricht auf dem **Fachkongress „Enabling Community – Gemeinsame Sache machen“** über Stadtentwicklung in Hamburg.

15:00

Atlantic Hotel Sail City, Bremerhaven

Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt teil an der **zweitägigen Innenminister-Vorkonferenz der Staatssekretäre und –räte.**

18:00

Kunsthalle, Glockengießerwall

Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet die **Ausstellung „Tanz der Farben“ von Vaslaw Nijinsky.**

19:00

Berlin, Landesvertretung

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann spricht ein Grußwort zur Veranstaltung **„Die EU-Ostseestrategie – das Meer als Chance“** mit anschließender **Podiumsdiskussion**, die von Kurt Bodewig MdB, Bundesminister a.D. und Vorstandsvorsitzender des Baltic Sea Forum moderiert wird.

Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt teil.

20:00

Rathaus Stade, Königsmarcksaal, Hökerstraße 1, 21682 Stade

Senator Dietrich Wersich nimmt an einer **Podiumsdiskussion zum Thema:**

„Verbesserung der Kindertagesbetreuung in Stade“ teil.

**20:00** Hamburgische Staatsoper, Dammtorstraße  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Jubiläumsvorstellung „Ballett Nijinsky“**.

**Mittwoch, den 20.05.2009**

**ganztägig** Bremen  
Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck nimmt als **Kirchentags-Präsidentin am 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Bremen** vom 20. bis 24.05.2009 teil.

**08:00** Landungsbrücken 3, 20359 Hamburg  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach hält einen **Vortrag im Hafen-Klub („Frühstück im Hafen-Klub“)**.

**09:00** Bildungszentrum Steilshoop, Gropiusring 43  
Senator Dietrich Wersich hält einen **Vortrag zum Thema: „Enabling Community als sozialpolitische Gestaltungsaufgabe“**.

**11:00** Berlin, Schloss Bellevue  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil an der **Matinee des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler zum Thema „Lebendige Demokratie – Junge Leute feiern 60 Jahre Grundgesetz“**.

**11:30** ACO Academy, Am Friedrichsbrunnen, 24782 Büdelsdorf  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt am **Unternehmertag Nord „Impulse für Wachstum und Beschäftigung“** teil.

Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt teil.

**16:00** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort beim **Senatsempfang anlässlich des 175 jährigen Bestehens des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden**.

**Freitag, den 22.05.2009**

**10:00** Oberpfarr- und Domkirche zu Berlin, Am Lustgarten, Berlin  
Senator Dietrich Wersich besucht den **Ökumenischen Gottesdienst aus Anlass des 60 jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland**.

**12:00** Konzerthaus Berlin, Gendarmenmarkt, Berlin  
Senator Dietrich Wersich nimmt teil am **Staatsakt anlässlich des 60 jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland** und am **anschließenden Empfang des Bundespräsidenten**.

**12:00** Rathaus, Kaisersaal  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach hält ein Grußwort anlässlich des **20jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft Hamburg-Osaka**.

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.

- 17:15** Rathaus, Festsaal  
Senator Dr. Till Steffen spricht ein Grußwort anlässlich der **Deutschen Strafrechtslehrertagung**.
- 19:00** Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger hält anlässlich des **Senatsempfangs zum 9. European Universities Volleyball Championship** ein Grußwort.
- 21:30** Platz der Republik, vor der Westfassade des Reichstagsgebäudes, Berlin  
Senator Dietrich Wersich besucht die **Einweihung der künstlerischen Illumination des Reichstagsgebäudes zum Auftakt des Bürgerfestes zum 60 Gründungsjubiläum der Bundesrepublik Deutschland**.
- 21:30** Ruder-Club „Allemannia von 1866“, An der Alster 47a  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen auf Einladung des japanischen Generalkonsuls Seisuke Narumiya und des Vorsitzenden des Japanischen Vereins e.V. Masaya Furuta teil am **Empfang** anlässlich des Feuerwerks auf der Alster zum **japanischen Kirschblütenfest**.
- Samstag, den 23.05.2009**
- 11:00** Rathaus, Plenarsaal  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt an der **szenischen Darbietung „Ein Schritt vorwärts“ – 60 Jahre Grundgesetz** teil.
- 11:30** Rathaus, Kaisersaal  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatsempfangs zum 20. Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Osaka**.
- 12:00** Berlin, Reichstagsgebäude  
Bürgermeister Ole von Beust nimmt an der **Wahl des Bundespräsidenten** teil.
- 20:00** Berliner Tor, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill ehrt die **Sieger der 9. Europäischen Hochschulmeisterschaften im Volleyball**.
- Sonntag, den 24.05.2009**
- 11:00** Derby Park Hamburg-Klein Flottbek  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger ist Gast des **Deutschen Spring und Dressur-Derbys**.